



KANTON
NIDWALDEN

STAATSKANZLEI

MEDIENINFORMATION

CO₂-Gesetz des Bundes: Stellungnahme der Nidwaldner Regierung

Nach Ansicht der Nidwaldner Regierung muss die Reduktion der CO₂-Emissionen hauptsächlich im Inland erreicht werden. Sie spricht sich in ihrer Stellungnahme zuhanden des Eidgenössischen Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) für die Variante «Verbindliche Klimaziele» aus.

Der Bundesrat will den Treibhausgas-Ausstoss ab 2012 weiter verringern. Er plant, dem Eidgenössischen Parlament eine entsprechende Revision des CO₂-Gesetzes zu unterbreiten.

Die Nidwaldner Regierung unterstützt die vom Bund vorgeschlagene Variante «Verbindliche Klimaziele», welche sich an den Klimazielen der Europäischen Union orientiert, ein Reduktionsziel von 20 Prozent bis 2020 gegenüber 1990 anstrebt und den Akzent auf Massnahmen zur Emissionsreduktion im Inland legt. Diese Variante trage der zu erwartenden weltweiten Knappheit von fossilen Ressourcen Rechnung, stärke die Innovationskraft der Schweizer Wirtschaft, fördere die Investitionen in der Schweiz und leiste einen Beitrag zur Verkleinerung der Abhängigkeit von importierten fossilen Energieträgern, hält die Nidwaldner Regierung fest.

Durch den höheren Inlandanteil gegenüber der Variante «Verbindliche Schritte zur Klimaneutralität» könne eine höhere Schadstoffreduktion erreicht und damit der direkte Nutzen für die Luftreinhaltung vergrössert werden. Auf diese Weise leiste die Massnahme einen Beitrag zum Umwelt- und Gesundheitsschutz im Inland und trage zudem dem Postulat Rechnung, Klimaschutz- und Luftreinhaltziele gleichwertig zu berücksichtigen.

Stans, 2. April 2009